

Sperrfrist: 17. Oktober 2018, 9.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Dr. Holger Bingmann

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

Kurs halten in der Welthandelsordnung

Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels

Berlin, 17. Oktober 2018, 9.00 Uhr

Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz

Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

zehn Jahre nach der Finanzkrise stehen wir heute vor einer globalen handelspolitischen Krise – einem massiven Angriff auf die regelgebundene Welthandelsordnung. In dieses Chaos dürfen wir uns nicht hineinziehen lassen. Vielmehr gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren und Kurs zu halten.

Im ersten Halbjahr hat sich der deutsche Außenhandel wacker geschlagen, angesichts der weltweiten Risiken und anhaltenden weltpolitischen Unsicherheiten ist dies eine herausragende Leistung. Im Hintergrund hat währenddessen der Rückgang bei den ausländischen Auftragseingängen eindeutig die Wende eingeläutet.

Somit zeichnet sich nach der positiven Halbjahresbilanz ab, dass wir das Wachstumstempo im Außenhandel in der zweiten Jahreshälfte nicht halten können. Vor diesem Hintergrund senken wir unsere Wachstumsprognose für die deutschen Exporte im laufenden Jahr auf 3,5 Prozent. Vielmehr blicken wir mit großer Sorge auf die Aushöhlung der internationalen Wirtschaftsordnung durch die USA. Hinzu kommen jedoch erschwerend die Spätfolgen auch aus der Finanzkrise.

Insbesondere die Schwellenländer, aber auch Länder wie z.B. Italien, sind hoch verschuldet. Gleichzeitig befinden sich die Leitzinsen auf einem Rekordtief. Um aber auf die nächste Krise vorbereitet zu sein, müssen die Zentralbanken die Zinsen in absehbarer Zeit erhöhen, um sich wieder geldpolitische Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Zinsentscheidung der US-Notenbank erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoll, um gerade für zukünftige Krisen wieder geldpolitische Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

Meine Damen und Herren,

schauen wir uns zunächst die bisherigen Zahlen etwas genauer an: Unsere gesamten Exporte stiegen in den ersten sechs Monaten um 4 Prozent (auf 662,9 Milliarden Euro). Besonders erfreulich war dabei die Entwicklung bei den Exporten in die EU-Länder: Fast 5 Prozent mehr deutsche Waren (+4,8% auf 459,1 Milliarden Euro) gingen ins EU-Ausland. Dies unterstreicht die deutliche wirtschaftliche Belegung bei unseren europäischen Nachbarn. Während unsere Ausfuhren nach Frankreich zwar nur um 1,4 Prozent stiegen, erhöhten sich die Ausfuhren nach Italien um 8,6 Prozent und nach Spanien um 3,9 Prozent.

Noch bemerkenswerter ist die Entwicklung der deutschen Importe gewesen. Diese haben im ersten Halbjahr um fast 5 Prozent (+4,8% auf 541,3 Milliarden Euro) zugelegt.

Zugleich sind die Schatten des Brexit nicht mehr zu übersehen: Allein im ersten Halbjahr sanken unsere Exporte in das Vereinigte Königreich um fast 3 Prozent (-2,7%) auf 42,1 Milliarden Euro. Der Wechselkurseffekt sowie die ausbleibenden ausländischen Investitionen angesichts der anhaltenden Unsicherheiten im Hinblick auf die zukünftigen Rahmenbedingungen für den bilateralen Handel sind hier die negativen Treiber.

Auch über Europa hinaus haben sich die deutschen Ausfuhren sehr positiv entwickelt. Vergleichsweise schwach stiegen unsere Exporte auf den amerikanischen Kontinent: um lediglich 2 Prozent (+2,2% auf 78,3 Milliarden Euro). Die Ausfuhren in die USA sind sogar nur um 1 Prozent (+0,8% auf 56,1 Milliarden Euro) gewachsen. Deutlich besser lief das Geschäft mit Brasilien. Die Exporte dorthin stiegen im Vorjahresvergleich um fast 17 Prozent (+16,7% auf 4,7 Milliarden Euro).

Die Ausfuhren nach Asien stiegen mit 4,5 Prozent (auf 125,3 Milliarden Euro) deutlich stärker als die Ausfuhren nach Nordamerika. Getrieben wurde diese Nachfrage insbesondere aus China. So stiegen unsere Ausfuhren in die Volksrepublik um 10 Prozent auf 53,3 Milliarden Euro. China ist und bleibt ein großer Markt und schwieriger Partner.

Wichtigster Handelspartner im Export bleiben aber auch weiterhin die USA gefolgt von Frankreich.

Schaut man sich das Handelsvolumen insgesamt an, dann belegt die Volksrepublik China den ersten Platz. Friktionen im internationalen Handel zwischen unserem wichtigsten Handelspartner China und unserem wichtigsten Absatzmarkt USA werden uns unzweifelhaft massiv treffen.

Auch auf einige Märkte blicken wir mit Sorge: So hat die Währungskrise und die immer weiter steigende Inflation im Sommer die Aufmerksamkeit auf das türkische Defizit in der Leistungsbilanz, aber auch im Staatshaushalt gelenkt. Mit einer Inflation von 18 Prozent (Stand: August 2018) und einer Auslandsverschuldung von fast 70 Prozent des Bruttoinlandprodukts müssen langfristige Wege zur Stabilisierung der türkischen Wirtschaft gefunden werden.

Zwar sind im ersten Halbjahr unsere Ausfuhren immerhin noch um 4,8 Prozent gewachsen – eine Entwicklung, mit deren Fortsetzung aber nicht zu rechnen ist.

„Im Dissens vereint“ scheint momentan die Devise der deutsch-russischen Beziehungen zu sein – und das, obwohl Deutschland und Russland wirtschaftlich füreinander von großer Bedeutung sind. Im ersten Halbjahr fanden deutsche Waren im Wert von 12,9 Milliarden Euro ihren Weg nach Russland. Umgekehrt waren es sogar wesentlich mehr: Russische Einfuhren wuchsen um 7,4 Prozent und hatten damit einen Wert von 17,5 Milliarden Euro. Der Handel mit Russland bleibt damit weiterhin volatil, nachdem die Exporte 2015 um 26 Prozent eingebrochen waren, dann aber 2016 nur noch um einen knappen Prozentpunkt zurückgingen und im vergangenen Jahr sogar um gute 20 Prozent wieder gestiegen waren.

Aber auch hier erscheinen dunkle Wolken am Firmament. Nicht nur, dass die Konunkturprognosen – wie fast überall – nach unten korrigiert wurden. Die USA erarbeiten derzeit weitere Sanktionen gegen Russland, die ihre Wirkung, ähnlich wie im Iran, nicht verfehlen dürften.

Wenig überraschend hat bereits im Vorfeld der US-Entscheidung, aus dem Atomabkommen mit dem Iran auszusteigen und die damit einhergehende Reinstallation von US-Sanktionen, der deutsch-iranische Handel gelitten. Um fast 7 Prozent (-6,9% auf 1,3 Milliarden Euro) sind die deutschen Ausfuhren in den Iran gesunken. Und das ist wohl erst der Beginn der Abwärtsspirale. Die USA haben mit ihrer Maximum-Pressure-Politik sehr deutlich gemacht, dass sie jegliche Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran unterbinden wollen.

Wir begrüßen die Bemühungen der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Kommission, deutschen und europäischen Unternehmen dennoch weiterhin ein Geschäft mit dem Iran zu ermöglichen. Mit der aktualisierten Blocking-Verordnung stellt die Politik die Unternehmen aber vor eine unmögliche Compliance-Frage, mit der sie den USA vielleicht sogar ungewollt in die Hände spielt. Die Finanzierung aber auch die reine Zahlungsabwicklung des Handels mit dem Iran bereiten uns somit weiterhin die größten Sorgen. Die EU sollte alles unternehmen, um ihre Souveränität in der Außenwirtschaftspolitik zu erhalten, auch wenn es dafür nötig ist, eigene neue Zahlungsabwicklungsinstrumente ins Leben zu rufen. Es darf jedoch nicht sein, dass Länder außerhalb der EU den europäischen Unternehmen vorschreiben können, mit welchen Ländern Handel betrieben werden darf und mit

welchen nicht. Vorwürfe, die EU würde damit die US-Sanktionen umgehen, sollten an uns abperlen. Denn hier geht es um das legitime Interesse, bilaterale Handelsbeziehungen auf Basis europäischen und internationalen Rechts zu ermöglichen.

Auch Saudi-Arabien bleibt in der Region ein schwieriger Markt. Trotz einer vorübergehenden Entspannung haben die Verwerfungen der letzten Monate zu einem Rückgang der Ausfuhren um 5,2 Prozent geführt. Gerade in den weiterhin sehr angespannten politischen Verhältnissen sehen wir ein nennenswertes Risiko für die wirtschaftliche Stabilität. Mit Blick auf den zuletzt auch angestiegenen Ölpreis könnten Konflikte die weltwirtschaftliche Konjunktur weiter belasten.

Meine Damen und Herren,

mit großer Sorge beobachten wir nun seit fast zwei Jahren die schrittweise Aushöhlung und anhaltenden Angriffe auf die Welthandelsordnung. Eine Ordnung, die über 70 Jahre mühevoll aufgebaut wurde und ein unglaublicher Erfolg gerade auch im Sinne der weltweiten Armutsbekämpfung ist. Wir sollten dennoch Ruhe bewahren und mit Sicherheit nicht eigene Mauern hochziehen.

90 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums wird in den nächsten zehn bis 15 Jahren außerhalb der EU stattfinden. Deshalb müssen wir für unseren Wohlstand und soziale Sicherheit in der Welthandelsordnung Kurs halten!

Dies betrifft besonders die Regeln der WTO und ihre Fähigkeit, Handelsstreitigkeiten zwischen Ländern zu schlichten. Wir sind derzeit Zeuge einer schweren Attacke auf die WTO durch die Regierung von US-Präsident Trump. Mit dem kalkulierten Missbrauch von Ausnahmetatbeständen im internationalen Regelwerk, wie wir es bei der Verhängung von Stahl- und Aluminiumzusatzzöllen durch die USA beobachten müssen, stellt die Regierung von Donald Trump die Welthandelsordnung grundsätzlich in Frage. Zudem droht das Streitbeilegungssystem, das seit seiner Gründung im Jahr 1995 mehr als 500 internationale Handelsstreitigkeiten beigelegt hat und eine ungezählte Anzahl zusätzlicher Streitigkeiten verhindert hat, handlungsunfähig zu werden.

Wir begrüßen es, wie sehr sich die Bundesregierung derzeit zusammen mit unseren europäischen Nachbarn im Rahmen der G20 für die Stabilisierung und den Erhalt des multilateralen Handelssystems einsetzt. Wir brauchen weiterhin einen stabilen, vorhersehbaren und regelbasierten Rahmen für den globalen Handel. Das ist wichtig,

um den deutschen exportorientierten Unternehmen weiterhin den Zugang zu internationalen Märkten zu sichern.

Das Handelssystem ist ganz sicher nicht perfekt – es ist aber das Beste, was Regierungen auf der ganzen Welt in jahrzehntelanger Kooperation hinbekommen haben, um besser in Handelsfragen zusammenzuarbeiten. Seit 1980 wurden die durchschnittlichen Zölle um zwei Drittel gesenkt. Das System hat für Stabilität und Berechenbarkeit im Welthandel gesorgt und hielt auch der Finanzkrise stand. Das Welthandelssystem hat im Ergebnis dazu beigetragen, beispielloses Wachstum und Entwicklung auf der ganzen Welt zu fördern. Gerade für den Fortschritt in Bereichen wie Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung und Umwelt ist internationaler Handel ein wichtiger Katalysator.

Eine Reform der WTO muss auch Missstände ansprechen, die durch ungerechtfertigte Subventionen und durch einen mangelnden Schutz von geistigem Eigentum entstehen. Ein Großteil von Amerikas Zorn diesbezüglich gegen China ist nicht unberechtigt. Seit dem Beitritt zur WTO im Jahr 2001 hat sich China nicht, wie vom Westen erwartet, den Märkten zugewandt, sondern ist in eine Art Merkantilismus verfallen. Chinas staatliche Unternehmen mit ihren oft undurchsichtigen Subventionen sind ein Problem, genauso wie der Umstand, dass ausländische Unternehmen in China täglich gegen schwerfällige Regulierungen kämpfen und oft verpflichtet sind, ihr geistiges Eigentum als Bedingung für den Marktzugang zu übergeben.

Einseitig verhängte „Strafzölle“ sind der falsche Weg, um dies zu erreichen. Denn eine solche Politik der Brechstange verursacht mehr Schaden, als sie Nutzen bringen könnte. Infolge der fortgeschrittenen, internationalen Arbeitsteilung wird sich der Disput disruptiv auf Lieferketten in der ganzen Welt auswirken

Meine Damen und Herren,

wir brauchen Handelsverträge, keine Handelskriege. Die Angriffe auf die Welthandelsordnung und die unsichere Zukunft der WTO zeigen deutlich, dass Deutschland dringend auf den Abschluss weiterer bilateraler Vereinbarungen angewiesen ist. Sie sind eine strategische Notwendigkeit neben dem Multilateralismus.

Wir begrüßen daher ausdrücklich das Engagement der EU-Kommission und der Bundesregierung, sich weiterhin für Freihandelsabkommen einzusetzen und

Verhandlungen mit neuen Partnern zu initiieren. Damit setzt die EU ein klares Signal für offene Märkte und unterstützt so das Engagement deutscher Unternehmen in neuen, wachstumsstarken Regionen.

Auch mit den USA müssen wir trotz allen Streits im Dialog bleiben, vor Ort Präsenz zeigen und dürfen das, was in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut wurde, nicht einfach wegwerfen. Statt nun eigene Schutzzäune hochzuziehen, sollten wir für ein europäisches Freihandelsabkommen mit den USA kämpfen. Noch stehen wir ganz am Anfang; der notwendige, politische Wille dazu scheint jedoch auf beiden Seiten vorhanden zu sein. Klar ist: Ein solches Abkommen wird nicht nur dringend gebraucht, um weiteren Handelsstreitigkeiten mit den USA vorzubeugen, es wäre auch ein Wachstumsimpuls, über den wir schon bald vermutlich sehr dankbar sein werden. Viel wird davon abhängen, wie ambitioniert die Verhandlungen ausfallen werden.

Neue Freihandelsabkommen müssen die Möglichkeiten voll ausschöpfen, sämtliche unnötige Handelshemmnisse zwischen Vertragspartnern zu beseitigen. Doch dabei muss wieder Handel mit Waren und Dienstleistungen im Vordergrund stehen und dürfen weitere Themen wie Investitionen und Nachhaltigkeit nicht überdehnt werden. Und: Die Abkommen müssen handhabbar bleiben. Besonders für kleine und mittelgroße Unternehmen. Gerade sie werden schon jetzt mit viel zu viel Bürokratie konfrontiert, wenn sie jenseits der Binnenmarktgrenzen aktiv werden. Die schönsten Zollsenkungen nützen nichts, wenn die Unternehmen die Bedingungen nicht mehr verstehen und erfüllen können. Das betrifft nicht nur komplizierte Ursprungsregeln, sondern besonders auch die Art und Weise, wie der Ursprung nachgewiesen werden muss.

Kurs halten – am besten innerhalb der EU-Familie – das wäre auch das bessere Leitmotiv für unsere Partner jenseits des Ärmelkanals gewesen.

Gerade im Handelskonflikt mit den USA offenbart sich, welche schützende Wirkung die EU für ihre Mitglieder zu bieten hat. Keines der EU-Mitgliedsländer hätte den USA alleine etwas Nennenswertes entgegenzuhalten. Zusammen haben wir jedoch einen Einfluss auf die Weltwirtschaftsordnung und können diese sehr wohl mitgestalten. Der Brexit ist in dieser Zeit aus unserer Sicht ein folgenschwerer, katastrophaler Schritt.

Da die Zeichen auf Trennung stehen, brauchen wir jetzt die bestmögliche Lösung, um den Schaden für deutsche Unternehmen zu begrenzen.

Die Lage ist ernst, die Verhandlungen haben den kritischen Zeitpunkt längst überschritten und stecken in einer Sackgasse fest. Die Staats- und Regierungschefs, die sich heute in Brüssel zum EU-Gipfel treffen, müssen nun endlich eine Lösung herbeiführen. Dies ist nun zentrale Aufgabe der gesamten EU und ihrer Institutionen. Ein „Worst-Case“-Szenario ist unumgänglich. Es besteht die reale Gefahr, dass am Ende ein von beiden Seiten ungewollter, vertragsloser Austritt steht, der für Briten und Europäer schwerwiegende Folgen hätte. Bei einem solchen „harten Brexit“ – ohne Freihandelsabkommen – drohen deutschen Unternehmen Kosten in Milliardenhöhe.

Bis zu einem Brexit am 29. März 2019 sind es nur noch wenige Wochen! Dabei darf nicht vergessen werden, dass jede Einigung noch durch die nationalen Parlamente muss – einschließlich des britischen.

Für viele Unternehmen wird die Zeit nicht ausreichen, um mit den komplexen Fragestellungen fertig zu werden, die sich daraus ergeben. Dies gilt auch für die britischen Zollbehörden, um die erforderlichen Kapazitäten für eine reibungslose Zollabfertigung aufzubauen. Daher ist zusätzlich zu einem Handelsabkommen eine Übergangsfrist zwingend erforderlich, die es den Briten ermöglicht, mindestens zwei weitere Jahre in der Zollunion und im Binnenmarkt zu bleiben.

Meine Damen und Herren,

die Zeit drängt. Eine Einigung darf aber nicht um jeden Preis erzielt werden. Für uns Groß- und Außenhändler steht nach wie vor die Integrität des Binnenmarkts an erster Stelle. Kein einzelnes europäisches Land kann auf der internationalen Bühne auch nur annähernd so viel Einfluss haben wie die EU als Ganzes. Und dennoch sollte man gemeinsam auch die zur Verfügung stehende Flexibilität auf beiden Seiten nutzen. Auch die EU sollte nicht so hart verhandeln, dass das Band zwischen ihr und England auf Dauer zerschnitten bleibt – damit deren und unsere Enkel über einen Wiedereinzug in das europäische Haus miteinander sprechen können. Auch wenn England vielleicht am Ende nicht mehr in der europäischen Union sein wird, bleibt es doch immer noch unser europäischer Nachbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!